



Simmerath, den 16. Mai 2024

## Haushalt

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Goffart,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Nach Jahren mit Lichtblick ist der der Haushalt 2024 wieder tiefrot, es fehlen 3,5 Mio. € und er wird erst wirksam wenn schon 6 Monate im neuen Jahr vergangen sind. Mit einem von der Landesregierung ermöglichten Buchungstrick stehen letztendlich nur –2,8 Mio. als Ergebnis im Haushaltsentwurf.

Leider trägt der Haushaltsentwurf dieser kritischen Lage noch nicht ausreichend Rechnung. Hier hätte sich die UWG einen Haushaltsentwurf mit deutlicheren Einsparungen gewünscht.

Die Gründe für den tiefroten Haushaltsentwurf der Gemeinde liegen insbesondere in den folgenden Steigerungen gegenüber dem Haushaltsansatz 2023:

1. Jugendamtsumlage Anstieg um +2 Mio. € plus einer Nachzahlung von +400.000€
2. Allgemeine Umlage +300.000€
3. ÖPNV-Umlage +100.000€
4. Personalkosten + 850.000€
5. Zinsen + 450.000€

Die Einnahmen liegen bis auf die Schlüsselzuweisungen, etwa 900.000€ über den Annahmen von 2023.

Das Problem sind deshalb nicht die Einnahmen, denn diese fließen nach wie vor üppig, sondern die stark gestiegenen Ausgaben. Der Einfluss der Gemeinde und des Gemeinderates auf die Ausgabenhöhe der überproportional gestiegenen Bereiche ist nur bedingt. In weiten Bereichen werden den Gemeinden immer mehr Aufgaben übertragen ohne dass hierfür ein finanzieller Ausgleich geschaffen wird. Dies geht einher mit immer größeren Anforderungen der Bürger an den Staat und die Gemeinden. Wir alle wollen gerne jedem Kind einen Kindergartenplatz bieten, zu den Zeiten an denen die Eltern diesen brauchen. Dies kostet Geld, viel Geld. Die Hilfen zur Erziehung werden immer intensiver genutzt, wer von uns möchte die Hilfe in Frage stellen, wen das Kindeswohl gefährdet ist, aber es muss am Ende von den Gemeinden bezahlt werden.

Langfristig können diese Kostenbelastungen nur durch einen Ausgleich von anderer Stelle finanziert werden oder es müssen die Steuern erhöht werden. Vielleicht können die weiteren Windräder die Situation etwas abmildern aber diese strukturellen Haushaltsprobleme können auch die Windräder langfristig nicht lösen.

Die allgemeine Städteregionsumlage steigt in diesem Jahr mit 300.000€ sehr moderat. Allerdings es gibt weiterhin keinen echten Sparwillen in der Städteregion, ganz im Gegenteil, die fragwürdigen freiwilligen Ausgaben nehmen weiter zu, ein Beispiel:

Der folgende Änderungsantrag einer Städteregionsfraktion zum Haushalt 2024 wurde angenommen. Hierin plant die Städteregion Ausgaben von 10.000€ für das Aufstellen und Warten von Bienenstöcken an Berufskollegs als auch an Städteregionalen Verwaltungsgebäuden. Es sind zwar nur 10.000€, aber warum muss die Städteregion zum Bienenhalter werden. Bienenhaltung ist kommerzielle Landwirtschaft und mir ist hier auch keine Notlage bekannt die die Städteregion ausgleichen müsste. Demnächst kommt man noch auf die Idee, dass die Städteregion Hühner, Schweine und Kälber halten soll, als Zuschussgeschäft! Die Summe dieses und vieler anderer Beschlüsse und Projekte in der Städteregion treibt die Umlage, die von den Städten und Gemeinden aufgebracht werden muss. In den

10.000€ sind mit Sicherheit die notwendigen Projektpersonalkosten noch nicht enthalten, letztendlich können die Kosten für die Imkerei Städteregion noch viel höher werden.

Zur ÖPNV-Umlage sei auf die letzte Sitzung des Struktur und Hochbauausschusses verwiesen. Es wird immer mehr ÖPNV gefordert, auch vom Bürger. Aber die Nutzung insgesamt, mit Ausnahme des Schüler- und Berufsverkehrs, ist eher gering. 34€ Transportkosten für jeden Fahrgast des Netliners in Simmerath kann langfristig keine Lösung sein. Der ÖPNV in seiner jetzigen Form ist für ländliche Bereiche weitgehend ungeeignet. Er verbessert nicht die CO<sub>2</sub>-Bilanz für Mobilität sondern verschlechtert sie eher. Zusätzliche 50.000€ für die Verbesserung der „Qualität“ der Line

63 beantragen wir zu streichen. Die Geschwindigkeitsverbesserungen durch das Vorbeifahren an Haltestellen, führen nur zu einer Verschlechterung des Angebotes und WLAN in den Bussen hält die UWG vor dem Hintergrund der Haushaltssituation für entbehrlich.

Zum Personalkostenanstieg können wir nur sagen, dass wir die Beamten und Angestellten der Gemeinde im Einklang mit der übrigen Entwicklung der Löhne und Gehälter bezahlen müssen. Fähige Mitarbeiter bekommt man nicht für schlechte Bezahlung. Fähige Mitarbeiter sind für eine leistungsfähige Verwaltung essentiell.

Aber hier liegt das eigentliche Problem woanders. In den letzten zwanzig Jahren hat die Digitalisierung keinerlei Fortschritt in den Verwaltungen gemacht. Wie überall anders auch, müssen die Mitarbeiter in den Verwaltungen von Routinearbeiten durch Digitalisierung entlastet werden. Es muss erreicht werden, dass neue Aufgaben durch die dann freiwerdenden Kapazitäten bei den Mitarbeitern umgesetzt werden können. Auch muss die ständig fortschreitende Bürokratisierung aller Bereiche aufhören. Egal in welchen Bereich man schaut, die Gesetze werden immer mehr und die Ausführung der Gesetze wird immer komplexer und in vielen Bereichen benötigt man mittlerweile zusätzliche, spezialisiert Berater, um zu einem rechtssicheren Ergebnis zu kommen. Wenn es hier keine Änderung gibt, so

werden die Gemeinden und auch Simmerath in wenigen Jahren komplett handlungsunfähig sein.

Aber auch die Gemeinde sollte Ihre Aufgaben nicht personalintensiv erweitern, wenn es andere Möglichkeiten gibt. Deshalb lehnen wir den Aufbau einer Jagdabteilung mit einem Berufsjäger bei der Gemeinde ab. Wir sind nicht davon überzeugt, dass es keine andere, kostengünstigere Möglichkeit der Gemeinde gibt, eine Regulierung des Wildbestandes in unseren Wäldern vorzunehmen.

— Das es nur eine vorübergehende Erscheinung war, dass die Zinsen bei null oder sogar negativ waren, war jedem klar. Deshalb waren die Steigerung der Aufwendungen für die Zinsen vorher zu sehen. Umso wichtiger ist es die Schulden zu begrenzen um den Handlungsspielraum der Gemeinde langfristig zu erhalten.

— Dabei möchte die UWG, die angefangenen und beschlossenen Investitionsprojekte im in Rurberg als auch die Erschließung von Meisenbruch fortführen. Auch die Investition in das Kanalnetz und das Gewerbegebiet Kesternich müssen erfolgen. Auch sehen wir in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der Investition in den Campingplatz Rurberg. Diese Notwendigkeit haben wir schon vielfach begründet. Der Rat hat sich entschlossen in den Tourismus viel Geld zu investieren, dann muss auch der Campingplatz in einen Mindeststandard versetzt werden. Privatisierung sehen wir hier nicht als Lösung, Dauercampingplätze haben wir ausreichend. Um einem weitere Rückgang von Beherbergungsbetrieben und Restaurants und weiterer Touristischer Einrichtungen insbesondere in Rurberg entgegen zu wirken, unterstützt die UWG diese Investitionen weiterhin! Wir hätten auch gerne den Einsatz der RWP-Mittel in Woffelsbach unterstützt. Aber bei dieser überbelegten Plattform steht für die UWG trotz Zuschüssen, Kosten und Nutzen für den Tourismus in keinem Verhältnis.

Die beschlossenen Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen von gemeindlichen Gebäuden müssen fortgeführt werden. Ein Verkauf scheidet im Augenblick für die UWG aus, was soll es für einen Sinn ergeben einerseits Wohnungen zu kaufen und andererseits vorhandene Gebäude mit Wohnungen zu verkaufen. Weiterhin ist es für

die UWG wichtig, den Erhalt mindestens eines Gemeindegebäudes mit Räumen für die Dorfbevölkerung und -vereine in jedem Ort zu erhalten. Hier wird die UWG keinem Verkauf zustimmen.

An dieser Stelle möchte die UWG der Verwaltung aber weiterhin ihre Unterstützung aussprechen, dass die Verwaltung, trotz aller Schwierigkeiten, den eingeschlagenen Weg fortsetzt und weitere erforderliche menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten für die Geflüchteten schafft.

Die geplanten Maßnahmen der „Strukturentwicklung Zentralort Simmerath“ lehnt die UWG so und jetzt ab. Selbst bei den zu erwartenden Zuschüssen muss die Gemeinde erhebliche Mittel investieren und diese über Schulden finanzieren. Zudem entstehen erhebliche neue laufende Kosten. Dies passt nicht zu einem Haushalt mit 3,5 Mio. € Defizit und geplanten neuen Schulden von 9,6 Mio. € im Investiven Bereich in 2024.

Ein Teil der neuen Schulden wird hoffentlich in den nächsten 5 Jahren durch den Wiederverkauf von Grundstücken in Meisenbruch refinanziert, aber bei dem derzeitigen Baumarkt ist dies mittlerweile auch eine Risikoinvestition.

Der Ausbau der Straßen im Gewerbegebiet Rollesbroich würde die UWG auf einen späteren Zeitpunkt verschieben. Die UWG sieht hier auch keinen unmittelbaren Zwang zum Handeln.

Der weitere Ausbau der Windenergie im Gemeindegebiet mildert die Brisanz der Finanzlage der Gemeinde und hat die Verwaltung wahrscheinlich davon abgehalten höhere Steuern schon für 2024 vor zu schlagen. Hier kann der Bürger nochmal durchatmen, ist er doch in den letzten Jahren von allen Seiten schon mit höheren Kosten belastet worden. Wenn wir jedoch so weitermachen werden auch Steuererhöhungen in Simmerath zwangsläufig wieder auf die Tagesordnung kommen. Deshalb der Appel der UWG an die Verwaltung, weitere Einsparmöglichkeiten für den Haushalt 2025 zu suchen.

Langfristig die Kosten zu senken und gleichzeitig etwas gegen den Klimawandel zu tun ist der Hintergrund der jährlichen UWG-Forderung, mehr in Photovoltaikanlagen zu investieren. Wir haben unseren Antrag in 2024 zurückgezogen die Mittel auf 200.000€ zu verdoppeln. Dies hatten wir früher auch schon im Struktur- und Hochbauausschuss beantragt. Die Verwaltung hat die UWG davon überzeugt, dass in dem restlichen Haushaltsjahr keine zusätzlichen Mittel in neue Projekte aus zeitlichen- und Ressourcen Gründen investiert werden können. Aber hier muss dringend mehr getan werden um die Stromkosten in der Zukunft zu begrenzen.

Ein anderer Missstand muss an dieser Stelle noch angesprochen werden, der Haushalt 2024 wird voraussichtlich rechtswirksam im Juni 2024. Das bedeutet fast ein halbes Jahr ist dem Rat die Möglichkeit genommen, aktiv über den Haushalt die Zukunft der Gemeinde zu gestalten. Hier ist das Land in der Pflicht die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Verwaltung rechtzeitig einen Haushaltsentwurf erstellen kann und auf dieser Grundlage spätestens im ersten Quartal ein genehmigter Haushalt vorliegt.

Der Haushalt ist im Kern immer noch von weiter so geprägt, echte Sporbemühungen sind rar, mit den Änderungsanträgen der UWG möchten wir dem Bürger ein Mindestmaß an Sparwillen aufzeigen. Verschuldung ist keine Lösung. Zinsen und Kreditrückzahlungen verringern stetig den Gestaltungsspielraum der Gemeinde und wenn sich die Konjunktur oder die Anforderungen an die Gemeinden weiter erhöhen, steht auch Simmerath finanziell mit dem Rücken zur Wand. Deshalb sollten wir zusammen die prognostizierte Haushaltskrise der kommenden Jahre mildern, durch mehr Zurückhaltung bei den zu beschließenden Ausgaben.

Für antizyklisches Konjunkturverhalten, braucht die Gemeinde für die Zukunft noch Spielräume und deshalb muss man jetzt sparen. Die derzeitige Vollbeschäftigung, hohen Preise und der Facharbeitermangel sind keine Indikatoren dafür, dass jetzt die Gemeinde mit Schulden die Konjunktur anheizen muss!

Der Haushalt 2024 zeigt dass ein Umdenken stattfinden muss, der Staat sollte und kann nicht alles lösen. Es muss aufhören, dass den Kreisen und Kommunen ständig erweiterte Aufgaben ins Aufgabenheft geschrieben werden und wenn, dann soll diejenige politische Ebene die dies beschließt, auch die vollen Kosten übernehmen. Die Kommunen sind seit Jahren unterfinanziert, die zu vollziehenden Gesetze werden immer Komplexer und benötigen immer mehr Personal zur rechtssicheren Umsetzung. Und wenn schon alles komplizierter wird und immer mehr geregelt wird, , wo ist die seit langem vom Bund und dem Land versprochene Digitalisierung von Routineverwaltungsprozessen, damit die Mitarbeiter der Gemeinde als auch der Rat die Zeit sinnvoll für die Zukunft der Gemeinde einsetzen können und nicht in der Bürokratie versinken.

Die von der UWG im Einzelnen beantragten Änderungen zum Haushalt befinden sich in der Verwaltungsvorlage.

Reinhold Köller

Fraktionsvorsitzender der UWG-Fraktion im Rat der Gemeinde Simmerath

Anhang: Änderungsanträge der UWG:

#### 4.3) UWG-Fraktion

a) Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bestandsermittlung der Hunde im Gemeindegebiet zur Identifizierung nicht registrierter Hunde vorzunehmen.  
(Eine Ansatzveränderung erfolgt nicht)

.....

b) Streichung Ansatz zur Intensivierung und besseren Innenausstattung der SB  
63 für das Jahr 2024 und die Folgejahre i.H.v. 50.000 €.

(Ergebnishaushalt: Aufwand □ 2024 bis 2027 jeweils minus 50.000 €)

---

c) Reduzierung Personalkosten Forst wegen Ablehnung der Einstellung eines Revierjagdmeisters für das Jahr 2024 von 307.950 € um 30.000 € auf 277.950 €.  
(Ergebnishaushalt: Aufwand □ minus 30.000 €)

---

d) Streichung aller Investitionskosten und Zuschüsse im Zusammenhang mit der Fördermaßnahme zur Infrastrukturentwicklung im Zentralort Simmerath(ISEK) im Jahr 2024 und den Folgejahren in Höhe des aufzubringenden Eigenanteils (Nettoinvestitionssumme) bis 2027 von 5.400.000 €.  
(Finanzhaushalt: Investitionen Auszahlungen und Einzahlungen □ 2024 bis 2027 netto minus 5.400.000 €)

---

e) Streichung aller Investitionskosten in Zusammenhang mit der Einstellung eines Revierjagdmeisters für das Jahr 2024 in Höhe von 40.000 €.  
(Finanzhaushalt: Investitionen Auszahlungen □ minus 40.000 €)

---

f) Streichung Ansatz für das RWP-Projekt Rastplattform Wölfelsbach (Eigenanteil Förderung) im Jahr 2024 in Höhe von 41.000 €.  
(Finanzhaushalt: Investitionen Auszahlungen □ minus 41.000 €)

---

g) Verschiebung Ansatz Endausbau Straßen im Gewerbegebiet Rollesbroich von 2024 nach 2027 in Höhe von 570.000 €.  
(Finanzhaushalt: Investitionen Auszahlungen □ von 2024 nach 2027 Verschiebung 570.000 €)

---